

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



# Pressespiegel

19.02.2024

# Inhalt

## EWN

1   <b>Atommüll: 180 000 Euro für Probefahrten mit leeren Castoren</b> <i>FOCUS online, 18.02.2024</i> .....	3
2   <b>Kommt bald mehr Atom-Abfall nach Braunschweig?</b> <i>Braunschweiger-Zeitung.de, 17.02.2024</i> .....	4



FOCUS online | 18.02.2024 | S. online

dp

WEBLINK

## FINANZEN

# Atommüll: 180 000 Euro für Probefahrten mit leeren Castoren

*Wohin mit dem Atommüll - vor Ort lagern oder lieber abtransportieren? Beides ist mit Risiken und mit hohen Kosten verbunden - selbst Probefahrten.*

Für Probefahrten mit leeren Castor-Behältern haben der Bund und das Land Nordrhein-Westfalen bislang 180.000 Euro zur Verfügung gestellt. Das geht aus einer Antwort des Düsseldorfer Energieministeriums auf eine SPD-Anfrage hervor. In den Gesamtkosten nicht enthalten ist demnach die Polizei. Kosten im Zusammenhang mit polizeilichen Einsätzen würden in NRW grundsätzlich nicht erhoben, heißt es dort.

In Jülich lagern rund 300.000 Brennelement-Kugeln aus einem früheren Versuchsreaktor in 152 Castor-Behältern. Über deren Verbleib ist nicht endgültig entschieden. Eine Möglichkeit ist der Transport zum Zwischenlager nach Ahaus. Eine Transportgenehmigung des zuständigen Bundesamts für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung liege aber noch nicht vor, teilte Energieministerin Mona Neubaur (Grüne) mit.

Bei Probefahrten mit leeren Castor-Behältern wird der Ablauf möglicher Transporte mit radioaktivem Abfall auf der gut 170 Kilometer Fahrt dorthin getestet. Im vergangenen November hatte es zwei solcher Schwer-

transporte gegeben - begleitet von massivem Polizeiaufgebot und Protesten der Atomkraftgegner.

In ihrem Koalitionsvertrag hatten CDU und Grüne vereinbart: «Wir setzen uns für eine Minimierung von Atomtransporten ein. (...) Im Fall der in Jülich lagernden Brennelemente bedeutet dies, dass wir die Option eines Neubaus eines Zwischenlagers in Jülich vortreiben.»

Auf die Frage der SPD-Landtagsabgeordneten Nina Andrieshen, was denn daraus geworden sei, antwortete Neubaur, mit dem Haushaltsgesetz 2023 habe die Landesregierung der Jülicher Entsorgungsgesellschaft für Nuklearanlagen ermöglicht, Grundstücke zum Neubau eines Zwischenlagers am Standort Jülich zu erwerben. Auf die Frage, in welcher Höhe das Land denn die Kosten mittragen würde, blieb sie vage. In der SPD-Anfrage heißt es: «Die Kosten eines derartigen Neubaus liegen nach Schätzungen bei ca. 450 Millionen Euro.»

📄 Braunschweiger-Zeitung.de | 17.02.2024

👤 Dirk Clemens Breyvogel

🔗 WEBLINK

## Kommt bald mehr Atom-Abfall nach Braunschweig?

*Die Thuner Bürgerinitiative BISS entwirft ein Szenario in Offenem Brief. Stadt Braunschweig, Land und Eckert & Ziegler widersprechen.*

Die Bürgerinitiative Strahlenschutz Braunschweig (**BISS**) hat in einem Offenen Brief an **Oberbürgermeister Thorsten Kornblum (SPD)** ihre Bedenken erneuert, die in Thune ansässige Nuklearfirma Eckert & Ziegler (E&Z) könnte Kapazitäten zur Lagerung von schwach- und mittelradioaktivem Material auf ihrem Firmengelände ausbauen. Das falle laut BISS in eine Zeit, in der die **Stadt Braunschweig** Entscheidungen zur Erweiterung von sozialen Einrichtungen und zusätzlichem Wohnraum im Umkreis des Unternehmensstandortes schon längst gefällt hätte.

### Mehr Atom-Abfall für Braunschweig? Das ist die Kritik der BISS an Stadt und Oberbürgermeister

Mit dem Verweis auf die „geplante Räumung“ der **Landedessammelstelle Leese** in vier Jahren erwartet die Bürgerinitiative eine Zuspitzung der Lage. Sie spricht von **knapp 9000 Fässern von E&Z**, die sich aktuell in Leese im Kreis Nienburg befinden würden. Im Brief heißt es: „Laut den uns vorliegenden Aussagen des **Niedersächsischen Umweltministeriums** ist davon auszugehen, dass diese Fässer nach Braunschweig kommen und somit das Problem massiv verschärfen. Die Nuklearfirma Eckert & Ziegler gibt selber an, dass sie in Braunschweig bis zu 15.000 Atommüll-Fässer lagern darf und hat - wie Sie wissen - hier bereits eine Erweiterungsfläche erworben, auf der eine Lagerhalle geplant ist; die Gefahr ist also real!“

In dem Brief vom 17. Januar wird OB Kornblum aufgefordert, ein aus Sicht der BISS immer drängenderes Problem zur Chefsache zu machen. Die Atomkraftgegner sehen bei den Verantwortlichen der Stadt bislang **„fehlende notwendige Sensibilität“** für ein aus ihrer Sicht „bundesweit einmaliges Problem“, nämlich die Lagerung von Atommüll in unmittelbarer Nähe zu Wohnungen, Schulen und Kindergärten, erklären sie.

### Vorwurf in Atommüll-Diskussion: Stadtverwaltung hat Urteil des Bundesverwaltungsgerichts nicht verstanden

Zudem verweist die BISS auf ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts in Leipzig. Es soll einer Stadtverwaltung ermöglicht haben, einen Nuklearstandort in ein kleinteiliges Gewerbegebiet umzuwandeln, und zwar gegen den Willen der betroffenen Firma. In dem **„Hanauer Urteil“** sieht die Bürgerinitiative eine Bestätigung ihrer Position und Parallelen zur Situation in Thune. Sie wirft der hiesigen Verwaltung vor, das Urteil von Hanau und dessen planungsrechtliche Bedeutung noch nicht verstanden zu haben. „Die Stadt Braunschweig könnte das Urteil aufgreifen und einen zukunftsweisenden Bebauungsplan aufstellen, der zum Umfeld passt“, erklärt die BISS weiter.

### Streit um Atommüll: Das erwidert die Stadt Braunschweig

Zu denen im Brief formulierten Vorwürfen nimmt die Stadt durch ihren **Pressesprecher Adrian Foitzik** Stellung. Allerdings sehe man keinen neuen Sachstand, teilte dieser schriftlich mit. Foitzik verwies zudem auf die Zuständigkeiten des Landes, das in Fragen strahlenschutzrechtlicher Genehmigungen auskunftspflichtig sei. „Die Problematik und Besonderheit eines im **Umfeld von Wohnbebauung** über Jahrzehnte gewachsenen Industriegebiets, das jetzt Bestandsschutz genießt, ist dabei vielfach diskutiert worden“, teilte die Stadt dazu mit.

Weiter äußert sich der Stadtsprecher zu Möglichkeiten des Eingriffs über das Planungs- und Baurecht. Das habe die Stadt vor einigen Jahren getan. „Sie hat versucht, über Veränderungen des Baurechts Einschränkungen des Betriebs des Unternehmens zu regeln. Vor dem **Oberverwaltungsgericht Lüneburg** hatte dieser B-Plan jedoch keinen Bestand“, antwortet Foitzik. Das OVG habe klargemacht, dass die Stadt die Erweiterungsmöglichkeiten des Unternehmens im Sin-

ne der Gewerbefreiheit nur sehr begrenzt einschränken dürfe.

### Welche Flächen könnte Eckert & Ziegler noch bebauen?

Das von der BISS skizzierte Szenario einer bald bevorstehenden Erweiterung des Betriebsgeländes ordnet die Stadt wie folgt ein: Flächen nördlich und weiter westlich des Unternehmensgeländes seien für die **Photovoltaikversorgung des Baugebiets Wenden-West** vorgesehen, nicht für eine Erweiterung des Unternehmens. Lediglich die Fläche, die unmittelbar an das Unternehmensgelände angrenze, stehe für eine „maßvolle“ Erweiterung im Sinne des Lüneburger Urteils zur Verfügung.

Foitzik entgegnet dem Vorwurf der BISS, die Verwaltung sei untätig gewesen. Man habe weiter das Ziel, **Erweiterungsmöglichkeiten zu beschränken**. Derzeit warte man allerdings juristische Verfahren ab, die die BISS ihrerseits gegen das Land Niedersachsen führe, hieß es in der Stellungnahme.

Klarheit besteht für die Stadt dagegen in einem anderen Punkt: „Das Hanauer Urteil ist auf Braunschweig nicht übertragbar, da es dort um ein Zwischenlager ging – das ist beim Betrieb von Eckert und Ziegler nicht der Fall – und sich dieses in einem Gewerbegebiet befand – in Braunschweig handelt es sich um ein Industriegebiet.“ Auch darüber habe man die BISS informiert. Foitzik wies in dem Zusammenhang auf ein Schreiben von **Stadtbaurat Heinz-Georg Leuer** im Auftrag von OB Kornblum Ende des Jahres 2022 hin.

### Mehr Atom-Müll: Das erklärt Niedersachsens Landesumweltministerium

Das Niedersächsische Umweltministerium sieht in den Ausführungen der BISS wenig Relevanz. Sprecher Matthias Eichler sagte unserer Redaktion, es sei weiter das Ziel, die in Leese gelagerten Fässer direkt zum genehmigten **Endlager Schacht Konrad** zu bringen. „Ein Umweg über Eckert & Ziegler ist nicht geplant und vom Ministerium auch nicht beabsichtigt“, erklärte er. Der gesamte schwach- und mittelradioaktive Atom Müll aus Leese sowie von Eckert & Ziegler sei für

Schacht Konrad zugelassen. Die Bundesgesellschaft für Endlagerung BGE in Peine als Betreiber von Konrad sei verantwortlich für Vorbereitung und Reihenfolge der Anlieferung. Leese sei atomrechtlich unbefristet genehmigt. Nach Angaben aus Hannover läuft 2030 der Pachtvertrag aus.

2002 hatte das Land den Betrieb der Landessammelstelle an einen privaten Dritten, die **Gesellschaft für Nuklear-Service mbH (GNS)** abgegeben. Die aus Niedersachsen stammenden Abfälle werden auf dem Gelände des Forschungszentrums Jülich konditioniert. Für die **Zwischenlagerung der Abfälle** war zwischen Land und Eckert & Ziegler ein Vertrag zur Lagerung in Leese geschlossen worden.

### Das sagt die Firma Eckert & Ziegler

**Eckert & Ziegler** lässt über Unternehmenssprecher **Klaus Kocks** ausrichten, dass geäußerte Vermutungen, auf dem Firmengelände in Braunschweig würde eine Art „Ersatzlager“ für Leese entstehen, „uneingeschränkt falsch“ seien. „Der überwiegende Teil der in Leese lagernden Gebinde mit schwach- bis mittelradioaktiven Materialien vorwiegend medizinischer Herkunft sind im Eigentum des Landes Niedersachsen. Diese Materialien machen **ca. 90 Prozent der Gesamtaktivität am Standort** aus. Die Verantwortung für Lagerung bis zur Abgabe an ein Endlager obliegen dem Bund und dem Land Niedersachsen. Eine Übernahme dieser Kontingente des Landes durch Eckert & Ziegler ist genauso wenig geplant wie eine zukünftige Lagerung in Braunschweig“, heißt es in der Stellungnahme.

Der Atom Müll in der Landessammelstelle, der Eckert & Ziegler gehört, umfasst nach Firmenangaben vorwiegend schwach radioaktive medizinische Reststoffe. „Diese werden sukzessive verarbeitet und verfahrensgerecht den unterschiedlichen Entsorgungswegen zugeführt. Hier gibt es **keine Änderung des Entsorgungskonzeptes**.“ Diese Arbeiten würden bis zur Schließung des Lagers Leese soweit fortgeschritten sein, dass eine Erweiterung der derzeit bestehenden Lagermöglichkeiten in Braunschweig weder flächenmäßig noch aktivitätsmäßig notwendig werde, betont Eckert & Ziegler.